

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.02.2021
Beginn der Sitzung: 17:06 Uhr
Ende der Sitzung: 19:03 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzender
Hencke, Knut

SPD-Fraktion
Haase, Hans-Dieter
Meinen, Regina
für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Fritzsche, Karola
Gemler, Hella

Beratende Mitglieder
Cuhlmann, Christian
Ouedraogo, Abdou
Schäfer, Stephanie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand
Kruithoff, Tim
Oberbürgermeister

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Jaspers, Thomas
Bonn-Sommer, Renate

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Gast
Marsal, Andrea
Götze, Horst
Fricke, Jens

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hencke eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.06.2020

Herr Sprengelmeyer bezieht sich auf das Protokoll der Sitzung vom 18.06.2020 und berichtet:

TOP 8 „Sachstand zur Bildung einer Kommunalen Jugendvertretung in Emden“

Eine entsprechende Satzung werde von den Jugendlichen erarbeitet. Corona-bedingt sei es allerdings zu Verzögerungen gekommen. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2021 werde eine Beschlussvorlage erstellt.

TOP 9 „Bericht zum Anmeldeverfahren für das Kita-Jahr 2020/2021“

Die Ergebnisse des Arbeitskreises Anmeldekriterien werden in dieser Sitzung unter TOP 8 vorgestellt.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.6.2020 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 32 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.10.2020

Herr Sprengelmeyer bezieht sich auf das Protokoll der Sitzung vom 06.10.2020 und berichtet:

TOP 5 Jugendberufsagentur“

Corona-bedingt sei es zu Verzögerungen gekommen. Die Räumlichkeiten seien mittlerweile fertig gestellt. Nach den Osterferien werde mit ersten Terminvergaben begonnen.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 32 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.10.2020 wird genehmigt.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Erk Müller, Anwohner des Skateparks, fragt,

- wann die Stadt anfangen wolle ihre eigene Hausordnung umzusetzen. Da die Anlage angeblich geschlossen sei, sollte es dort weder Alkohol, Drogen und Zigaretten sowie keine urinierenden Menschen, kein Herumlungern und keinen Lärm geben.
- warum nicht ein Zaun zum Schutz der Anlage errichtet werde. Es sei zu erkennen, dass das zur Absperrung des Skateparks gespannte Trassierband schnell wieder zerstört werde.
- warum es keine Öffnungszeiten gebe, mit denen auch die Anwohner sich arrangieren könnten.
- wann das Anliegen der Anwohner von der Verwaltung ernst genommen werde.

Herr Hencke bedankt sich für die Fragen. Im Rahmen des Vortrages zum Tagesordnungspunkt 9 „Skatepark Emden –Sachstand“ werden diese beantwortet.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Neubau einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Barenburg
Vorlage: 17/1773

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage 17/1773 die Planungen für den Neubau einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Barenburg in Trägerschaft der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. Er hebt hervor, durch den Neubau könnten nicht nur weitere Betreuungsplätze ausgebaut, sondern auch bestehende Plätze in der Kita „Grüner Baum“ nachhaltig gesichert werden. Das Maria-Wilts-Haus in der Friedrich-Ebert-Straße, in der die Kita derzeit untergebracht ist, sei auf Dauer nicht für einen modernen Kita-Betrieb geeignet. Das Ergebnis des zentralen Anmeldeverfahrens im letzten Jahr und auch die Eindrücke des Fachdienstes Kinder und Familien aus den Jahren zuvor bestätigen zudem einen weiteren Kita-Ausbau. Vor diesem Hintergrund habe sich die Fläche im Stadtteil Barenburg für diese Maßnahme angeboten.

Herr Hencke bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch begrüßt das Vorhaben. Da es sich um eine beträchtliche Summe handele, müsste der Rat die Kosten dennoch kritisch hinterfragen. In diesem Zusammenhang erinnert er, dass auch der Kindergartenbau im Stadtteil Friesland hinsichtlich der Kosten kritisch hinterfragt worden sei. Er äußert den Wunsch nach weiteren Informationen zum Bauvorhaben und bittet um Erläuterung, ob es Möglichkeiten gäbe, die Gelder bei diesem Projekt effizienter zu nutzen.

Herr Haase stimmt Herrn Busch bei einigen Punkten zu. Auch er hätte sich bei dieser Vorlage zumindest einen Lageplan oder eine erste Skizze gewünscht. Grundsätzlich stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Positiv sei, dass der Stadtteil Barenburg einen weiteren Kindergarten bekomme und das die Trägerlandschaft durch die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V erweitert werde. Als weiteren positiven Punkt hebt er die Aufstockung von integrativen Betreuungsplätzen hervor. Seiner Erfahrung nach mussten viele Kinder von Emden Bürger*innen aufgrund des Mangels an Betreuungsplätzen in Nachbarkommunen betreut werden. Deswegen sei der Neubau eine wichtige Zukunftsinvestition. Er möchte wissen, in welcher Höhe bei einem solchen Projekt Fördermittel akquiriert werden könnten und ob eine Refinanzierung stattfinden könne. Auch für die

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Bevölkerung sei es ein gutes Signal, wenn sich der Rat Gedanken über eine solide Finanzierung mache.

Herr Ouedraogo begrüßt ebenfalls den Neubau einer Kita im Stadtteil Barenburg. Dadurch erhöhe sich auch die Attraktivität und Lebensqualität des Stadtteils. Positiv sei, dass in diesem Kindergarten neue pädagogische Ansätze implementiert werden könnten. Trotz der hohen Investitionskosten seien seiner Meinung nach die Mittel effektiv angesetzt. Er möchte wissen, warum die Verwaltung sich erst für den Stadtteil Barenburg entschieden habe, nachdem alle anderen Versuche gescheitert waren.

Frau Gemblér befürwortet ebenfalls den Kita-Neubau. Sie bittet um Aufklärung, um welches Grundstück es sich im Stadtteil Barenburg handele.

Herr Christians gibt an, er sei davon ausgegangen, dass die Fläche für den Kita-Neubau im Stadtteil Barenburg bekannt sei. Er erklärt, es handele sich um eine Freifläche an der Geibelstraße, gegenüber der Paulus-Kirchengemeinde. Ehemals sei dort der Edeka-Markt angesiedelt gewesen, welcher im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ entfernt worden sei. Diese Fläche sei aus dem Treuhandvermögen der BauBeCon Service GmbH wieder an die Stadt übertragen worden.

Er äußert Verständnis für die Frage von Herrn Busch hinsichtlich der Kosten und versichert, dass die Entwürfe für den Neubau (Anlage 1 zum Protokoll) mit dem Landesjugendamt abgestimmt und auch die Gruppen den Anforderungen entsprechend angepasst worden seien. Wegen der Brandschutzbestimmungen seien die drei Krippengruppen im Erdgeschoss untergebracht. Im Obergeschoss werde es zwei Kindergartengruppen geben. Aktuell gebe es allerdings noch keine endgültigen Baupläne, diese würden im Rahmen des Bauantragsverfahrens, welches jetzt eingeleitet werden müsse, erstellt. Sobald die bau- und planungsrechtlichen Angelegenheiten ausgearbeitet seien, werde das Projekt nochmals im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Zur Frage hinsichtlich der Wahl des Standortes antwortet er, dass dieser bedarfsorientiert gewählt worden sei. Zu der Zeit, als die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. die Trägerschaft für die Kita „Grüner Baum“ übernommen habe, lag die Priorität zunächst im Stadtteil Borssum. Aufgrund vorliegender Bedarfszahlen seien die Kerngebiete die Stadtteile Borssum, Barenburg und Stadtmitte.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, alle drei Stadtteile seien in diesem Rahmen überprüft worden. In den nächsten Sitzungen würden weitere Ausbauplanungen, die auch andere Standorte berücksichtigen, vorgestellt. Er erklärt, die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. habe vor einigen Jahren die Einrichtung „Kinderzukunft Grüner Baum“ übernommen. Da sich die Einrichtung im Maria-Wilts-Haus, einem auffälligen Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße, befindet, müsse für diesen Träger ein Ersatzbau hergestellt werden. Dies sei seinerzeit die Voraussetzung zur Übernahme der Trägerschaft dieser Einrichtung gewesen. Er weist darauf hin, seit Jahren entstünden Kosten für die enormen Baulasten des Gebäudes, als Beispiel nennt er die Miete für die notwendige mobile Fluchttreppe i. H. v. jährlich 15.000 €. Auch das Landesjugendamt werde eine weitere Nutzung des Gebäudes nicht mehr zulassen. Dadurch erhöhe sich zudem der Zeitdruck. Verzögerungen bei der Planung seitens des Trägers räumt er ein.

Zu den von Herrn Busch angesprochenen Investitionskosten und dem Vergleich zum Kiga-Neubau der OBW im Stadtteil Friesland führt er aus, dass es sich dort teilweise um heilpädagogische Betreuungsplätze handele. Die Kosten für diese zusätzlichen Plätze würden über den Haushalt des FB 500 abgewickelt und nicht über den Haushalt des FB 600. Grundsätzlich seien die Kommunen dafür verantwortlich, dem Bedarf entsprechend Kindertageseinrichtungen vor-

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

zuhalten. Von daher sei es positiv, freie Träger zu finden, welche Kindertageseinrichtungen betreiben wollen.

In Bezug auf die Gebäude geht er auf die problematische Konstellation ein, über die bereits seit Jahren gesprochen werde. Er erklärt, wenn die Stadt Eigentümer eines Gebäudes sei, werde dieses vom GME betreut. Ein Träger sei Mieter. Die Betriebserlaubnis erteile wiederum das Land Niedersachsen. Am Ende sei die Stadt als Eigentümer des Gebäudes dann doch wieder zuständig. Die bessere Konstellation sei auf jeden Fall eine Kita zu betreiben, wenn der Betreiber gleichzeitig Eigentümer des Grundstücks und des Gebäudes sei, so dass für die Sanierung, Unterhaltung, etc. nicht die Stadt verantwortlich sei.

Zum Thema Finanzierung sagt er aus, Räumlichkeiten für fünf Kiga-Gruppen für unter einer Summe von 4 Mio. € zu erhalten, sei vergleichsweise sehr gut gerechnet. Somit würden im Schnitt für eine Gruppe 800.000 € angesetzt. Er gibt an, dass die Detailplanungen für diese Maßnahme sowie weitere Planungen für andere Stadtteile noch vorgelegt würden.

Herr Ohling teilt mit, seine Fraktion begrüße die zusätzlichen Betreuungsplätze und erinnert in diesem Zusammenhang an das Defizit von 200 Betreuungsplätzen im August des letzten Jahres. Auch er hebt die integrativen Plätze positiv hervor. Er nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Haase hinsichtlich der Fördermittel und bemerkt, diese seien aus der Vorlage zu erlesen.

Herr Christians erklärt, in der Vorlage seien zwei Förderprogramme, für den Krippen- und für den Kindergartenbereich, vorgestellt worden. Die Antragstellung hierfür müsse bis zum 30.04.2021 sowie die Fertigstellung der Einrichtung bis zum 30.06.2022 erfolgen. Sobald die Beschlussfassung im Rat erfolgt sei, könnten diese Anträge erstellt werden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, den Neubau einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Barenburg in Trägerschaft der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Regionalverband Weser-Ems in Oldenburg, mit einem Investitionskostenzuschuss von bis zu 3.896.000,00 € zu bezuschussen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Sanierung und Ausbau des Kindergartens Rote Mühle; - Investitionskostenzuschuss
Vorlage: 17/1774

Herr Christians erläutert die Vorlage 17/1774 und erinnert in diesem Zusammenhang an die prekäre Situation im vergangenen Jahr aufgrund des Mangels an Betreuungsplätzen. Durch die Unterstützung der Ev.-ref. Kirchengemeinde sei mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand ein Raum für eine Kindergartengruppe im Kindergarten "Rote Mühle" nachhaltig ausgebaut worden. Im Vorfeld der Haushaltberatung seien für diese Ausbaumaßnahme 250.000 € kalkuliert worden. Die Gesamtkosten betragen nach endgültiger Abrechnung insgesamt 227.544,50 €. Davon beantragt die Ev.-ref. Kirchengemeinde einen Investitionskostenzuschuss i. H. v. 225.000 €. Parallel seien die Brandschutzmaßnahmen des Kindergartens Rote Mühle überprüft worden, wodurch Mehrkosten entstanden seien. Diese habe die Ev.-ref. Kirchengemeinde nicht zu vertreten. Aufgrund dessen gebe es einen zusätzlichen Bedarf i. H. v. 65.900 €. Zur teilweisen Abdeckung dieser Mehrkosten werde ein weiterer Zuschuss in Höhe von 50.000 € beantragt.

Herr Hencke bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Busch begrüßt die Maßnahme außerordentlich und bedankt sich bei der Ev.-ref. Kirchengemeinde Emden, welche durch ihre Investition finanzielle Verantwortung für diesen Kindergarten übernommen habe. Seiner Meinung nach findet hiermit eine Wertschöpfung statt. Diese Sensibilität sei seiner Meinung nach anzuregen, deswegen auch seine Nachfrage unter TOP 6.

Herr Ohling nimmt Bezug auf die Kosten für eine Kiga-Gruppe i. H. v. 227.544,50 €. Bei dieser Maßnahme betragen die Kosten für eine vierte Gruppe 225.000 €. Er hebt die Kostenersparnis hervor, die durch Investitionen in Gebäude, welche bereits als Kindergärten genutzt würden, entstünden. Auch die Baukosten i. H. v. 620.000 € u. a. für die Feuerterasse, seien seiner Meinung nach sinnvolle Investitionen, da dadurch der Brandschutz und somit die Sicherheit der Kinder gewährleistet werde.

Herr Haase stimmt der Aussage von Herrn Ohling hinsichtlich des Brandschutzes zu und erinnert in diesem Zusammenhang an das damalige Brandschutz-Problem des Kiga „Am Wasserturm“. Positiv hebt er hervor, dass die Ev.-ref. Kirchengemeinde seinerzeit die Trägerschaft übernommen habe. Dies sei ein Ausdruck dessen, wie gut das Ganze funktioniere und ein zusätzliches Argument für eine breit aufgestellte Trägerlandschaft. Weiter spricht er die von Herrn Ohling angemerkte Kostenersparnis für eine Gruppe in einem bestehenden Kindergarten an. Dazu müssten jedoch auch die Möglichkeiten vorhanden sein. Mit Blick auf die Einrichtungen sowie deren Außengelände sei festzustellen, dass insgesamt nur wenige Einrichtungen Platz hätten, zusätzliche Gruppen einzurichten. Insoweit sei dies ein Sonderfall, der genutzt werden musste. Seitens der SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, die Sanierung sowie den Ausbau des Kindergartens Rote Mühle in Trägerschaft der Ev.-ref. Kirchengemeinde Emden, mit einem Investitionskostenzuschuss von bis zu 275.000,00 € zu bezuschussen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Vorstellung der Ergebnisse des Arbeitskreises Aufnahmekriterien in Kitas
Vorlage: 17/1775

Zu Beginn der Präsentation gibt **Frau Bonn-Sommer** einen kurzen Rückblick zum onlinebasierten Kita-Anmeldeverfahren in 2020. Anschließend erläutert sie ausführlich die Ergebnisse des Arbeitskreises hinsichtlich der Aufnahmekriterien in den Kitas. Die Power-Point-Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase begrüßt das positive Ergebnis. Es zeige auf, wie wichtig der Dialog mit den Betroffenen sei. Er hält fest, vom Grundsatz her habe jedes Kind ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Genau genommen müsse es keine Priorisierung geben, denn für 100 % der Kinder in Emden müssten 100 % Plätze verfügbar sein. Klar sei, dass nicht jeder seinem Standortwunsch entsprechend einen Platz finden werde. Dennoch dürfe es nicht dazu führen, dass in einem Bereich Kinder auf der Warteliste stehen und in einem anderen Bereich verfügbare Plätze unbesetzt bleiben. Mit Blick auf die Ausbauplanung für Kitas fragt er, wann die Verwaltung damit rechne, nicht wieder in eine Mangelsituation zu kommen. Weiter spricht er das Thema Kinder aus Umlandgemeinden, die in Emden Kitas betreut würden, an. Obwohl es klare Bedingungen gebe, interessiere ihn die Regelung.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Cuhlmann bedankt sich für die Erläuterungen. Positiv sei die Übersicht der Punkteverteilung. Zum Punkt „Kind wohnt im Stadtteil“ schlägt er ein weiteres Kriterium für die Vergabe von Plätzen vor. Er habe aus eigener Erfahrung festgestellt, dass es für Kita-Leitungen von Vorteil sei, wenn Eltern im gleichen Stadtteil berufstätig seien und damit kurze Wege zur Kita hätten.

Frau Bonn-Sommer antwortet, es sei davon auszugehen, dass die Zahlen im Jahr 2023/2024 erreicht werden. **Herr Christians** ergänzt, in diesem Zusammenhang müssten auch die Altersgruppen unterschieden werden. Nach seiner Einschätzung würden die Zahlen im Kindergartenbereich im Jahr 2022 erreicht. Die Zahlen im Krippenbereich würden allerdings anders aussehen. Dort sei bei Weitem noch nicht für alle Kinder jeder Altersgruppe ein Betreuungsplatz vorhanden. Auch nicht für Kinder im Alter von einem Jahr, die bereits einen Rechtsanspruch hätten. Auch die Tagespflege müsse in diesem Zusammenhang ausgebaut werden.

Frau Bonn-Sommer führt zum Thema Umlandgemeinden aus, es gebe die Regelung, dass gemeindefremde Kinder nicht aufgenommen werden. Davon ausgenommen sei die VW-Betriebskindertagesstätte, da diese mit verschiedenen Gemeinden aus dem Umland Verträge habe. In Bezug auf gemeindefremde Kinder habe das Anmeldeverfahren mehr Transparenz hergestellt. Zu den I-Plätzen führt sie aus, für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren würden diese Plätze nur an Kinder vergeben, die ihren ersten Wohnsitz in Emden hätten. Bislang konnte die Verwaltung keine heilpädagogischen Betreuungsplätze anbieten. Mit dem Neubau in Friesland werde sich diese Situation ändern.

Zu dem Vorschlag von Herrn Cuhlmann zum Thema Vergabekriterien erklärt sie, die Erfassung der Kriterien sei umfangreich gewesen. Auch Anregungen aus der Elternschaft seien zum Teil eingebracht worden. Gemeinsam mit den Kita-Leitungen seien die Kriterien komprimiert worden um letztlich auch die Abfrage und Auswertung gut zu bewerkstelligen. Das Kriterium „Berufsweg“ sei zwar ein guter Hinweis. Allerdings gebe es gemäß der Liste lediglich einen Punkt, wenn das Kind im selben Stadtteil wohne. Sie gehe nicht davon aus, dass dieser eine Punkt letztlich ausschlaggebend sei.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, im Jugendhilfeausschuss sei über den Rat auch der Grundsatz „Kurze Beine – Kurze Wege“ formuliert worden. Dieser Grundsatz gelte insbesondere für die Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Aus Elternsicht könne er den Vorschlag von Herrn Cuhlmann nachvollziehen. Aus sozialpädagogischer Sicht jedoch sei es immer gut, wenn Kinder Kontakt zu Kindern aus der Nachbarschaft pflegen und gemeinsam in dieser Gruppe aufwachsen. Bis zu einem Alter von etwa 10 Jahren sollte dies im Vordergrund stehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Skatepark Emden; - Sachstand
Vorlage: 17/1772

Herr Sprengelmeyer teilt einleitend mit, im letzten Jugendhilfeausschuss sei das „Beobachtungsprojekt“ hinsichtlich des Skateparks angekündigt worden. Hintergrund dieses Projektes sei zum einen der Blick auf den Skatepark und die Analyse, was dieser brauche. Darüber hinaus, was braucht es in Emden, um Jugendliche anzusprechen und mit ihnen in Kontakt zu kommen. Herr Fricke habe in den letzten drei Monaten den Skatepark zu verschiedenen Tageszeiten begleitet und habe mit Skatern, Anwohnern und anderen Nutzern gesprochen. Darüber hinaus habe er sich auch andere Orte angesehen. Aus seinem Bericht heraus sollen Weiterentwicklungen für den Skatepark folgen. Er macht darauf aufmerksam, bereits in der Vergangenheit habe es Treffen von Menschen unter der Bahnbrücke gegeben. Über die unterschiedlichen

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Nutzergruppen sei bereits im Jugendhilfeausschuss berichtet worden. Dies sei auch bei einem Treffen mit Skatern, Anwohnern und Nutzern deutlich geworden. Weitere Erkenntnisse zum Sachstand werde Herr Fricke erläutern.

Herr Fricke erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand zum Skatepark Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch bedankt sich ebenfalls für die ausführlichen Erläuterungen und gibt an, allen sei klar, dass der Skatepark für Emden ein Erfolgsobjekt sei. Er erinnert, hinsichtlich der Finanzierung und des Standortes habe es im Vorfeld lange Diskussionen gegeben. In diesem Zusammenhang sei immer darauf hingewiesen worden, es müsse Verantwortliche für den Skatepark geben. Seinerzeit sei angeregt worden, den Skatepark über einen Verein aufzubauen und zu betreuen. Nunmehr bestätige sich, dass es einen Verantwortlichen nicht gebe. Er gibt an, er könne die Verärgerung des Anwohners verstehen. Ebenso habe er Verständnis für die Jugendlichen, welche die Skatebahn an unterschiedlichen Tageszeiten nutzen möchten. Dennoch müssten die Menschen miteinander auskommen und dafür sollte es seiner Meinung nach Regeln geben. Die Nutzung des Skateparks während der aktuellen Covid-19-Pandemie sei nicht richtig und dürfe nicht sein. Es müsse in verhältnismäßiger Art und Weise das Recht durchgesetzt werden. Aktuell müsse darüber informiert werden, dass die Skateanlage nicht betreten werden dürfe. Dafür müsse sie ordentlich abgesichert werden und der Zugang gesperrt sein. Einige Vorschläge zum Thema Müll, wie beispielsweise das Aufstellen von Containern, seien von Herrn Fricke genannt worden. Zudem plädiere er, Verantwortliche sollten im Austausch mit den Jugendlichen dafür sorgen, dass Öffnungszeiten eingehalten werden. Hier müsse man den Anwohnern gerecht werden. Er begrüßt die Analyse von Herrn Fricke.

Herr Ouedraogo bedauert, dass es nunmehr zu Problemen hinsichtlich des erfolgreichen Skateparks komme. Er betont, Emders Jugendliche hätten sehr lange auf diese Anlage gewartet. Er räumt Zweifel zu Beginn der Planungen hinsichtlich der Kosten und der Nutzung ein, die sich jedoch nicht bestätigt hätten. Er spricht sich für eine Lösung der geschilderten Anwohner-Probleme aus. Begrüßenswert sei, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld die Beschwerden der Bürger angenommen habe und an Lösungen arbeite. Gemeinsam sei dafür zu sorgen, dass diese Anlage ein Erfolgsobjekt bleibe.

Herr Götze spricht das Thema Müll auf der Skateanlage an. Über Jahre hinweg hätten Anwohner ihren Müll auf diesem Gelände entsorgt. Vor diesem Hintergrund sei eine Grundreinigung erfolgt. Seiner Ansicht nach würden die Skater verunglimpft. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, es gebe Gruppen unter den Skatern, die den Müll auch entsprechend wieder entsorgen. Entscheidend sei, dass es dort zu einem Treffpunkt von anderen jugendlichen Gruppen gekommen sei. Seiner Beobachtung nach werde der Müll überwiegend von diesen Gruppen verursacht und nicht von den Skatern. Für diese jugendlichen Gruppen müssten Lösungen gefunden werden, damit sie sich an die vorgeschriebenen Regeln halten. Auch an anderen Orten der Stadt gebe es Treffpunkte von jugendlichen Gruppen. Er unterstreicht den Erfolg des Skateparks über die Stadtgrenzen hinaus. Wichtig sei, eine Trennung von Skatern zu denjenigen Nutzern, welche den Lärm und Müll verursachen. Seiner Kenntnis nach fühlen sich nur wenige Anwohner von der Anlage gestört. Durch die Analyse von Herrn Fricke sei man auf einem guten Weg, so dass es gelingen sollte, dass der Skatepark eine größere Akzeptanz finde. Eine Einzäunung der Anlage befürworte er nicht. Nach seinen Beobachtungen werde die Anlage während der Corona-Zeit nur wenig genutzt. Dennoch müsste für die Ärgernisse eine Lösung gefunden werden.

Herr Fricke bestätigt die Beobachtungen von Herrn Götze. Er habe bereits vor der Corona-bedingten Schließung den Skatepark betreut und dabei beobachtet, dass andere Gruppen von

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Jugendlichen sich im Umfeld dieser Bahn aufhielten und u. a. für Lärmbelästigung sorgten. Diese Störungen seien nicht der Nutzergruppe des Skateparks zuzuordnen. Deshalb sollte diese Nutzergruppe nicht stigmatisiert und verantwortlich dafür gemacht werden. Zum Thema Schließung des Skateparks gibt er an, seit heute sei der Skatepark wieder mit Trassierband geschlossen. Dies sei in der Vergangenheit auch der Fall gewesen. Aufgrund der Witterung, insbesondere bei Wind, sei das Absperrband zeitweise nicht vorhanden gewesen. Er weist darauf hin, dass an dieser Stelle die Corona-Verordnung, die zwei Haushaltsregelungen sowie die Auflagen des Fachdienstes Schule und Sport für eine Sportanlage im Freien gelten. Zudem sei es kein Einzelfall, dass sich Kinder und Jugendliche gerade auch während der aktuellen Sperrung auf Anlagen aufhielten, auf denen es verboten sei. Diese Beobachtungen seien beispielsweise auch auf Fußballplätzen hiesiger Sportvereine zu machen. Absperrungen seien seiner Ansicht nach keine Alternative. Er plädiere, mit den Kindern und Jugendlichen in einen Dialog zu treten um sie zu sensibilisieren, dass es derzeit nicht anderes gehe.

Herr Reibe lenkt den Blick von der einzelnen Maßnahme, wie aktuell beim Skatepark, auf eine andere und breitere Ebene. Seiner Meinung nach müsse der Umgang mit den Jugendlichen in Emden geklärt werden. Jugend sei eine eigenständige Lebensphase, die für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder wichtig sei. Dies werde in Emden wenig wahrgenommen. Die Ausstattung und auch das Personal in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sei sehr gut, bestätigt er. Dennoch sei langfristig zu überlegen, was mit den Jugendlichen dieser Stadt geschehen solle. Der Skatepark sei ein erfolgreiches Objekt, jedoch nicht entscheidend. Seiner Ansicht nach müsse ein Gesamtkonzept erarbeitet werden zur Frage, was Jugend bei uns in Emden bedeute.

Nachdem **Herr Sprengelmeyer** erklärt, dass **Frau Cardoso-Manuel** als Leiterin des JZ „Alte Post“ fachlich für den Skatepark zuständig sei und auch das Projekt anleite bittet **Herr Hencke** um weitere Erläuterungen von Frau Cardoso-Manuel.

Frau Cardoso-Manuel merkt an, im Umfeld des Skatparks gebe es Gruppen von Jugendlichen die einen Anlass für Beschwerden geben. Jedoch werde der Skatepark von einem überwiegenden Teil der Emdener Bürger*innen als „super“ definiert. Wichtig sei, dass gemeinsam mit Herrn Fricke Gespräche mit den Jugendlichen stattgefunden hätten. Diese Gespräche seien gut verlaufen und es seien auch Wünsche geäußert worden. Diese Jugendlichen wünschen sich einen Platz, auf dem sie sich ohne Maßregelungen aufhalten können. Solch einen Platz gebe es derzeit in Emden nicht. Zu der Aussage von Herrn Müller erwidert sie, die Mitarbeiter der Jugendförderung hätten sich jeder Zeit an die Corona-Regeln gehalten, weil sie dazu verpflichtet seien.

Herr Busch unterstreicht, alle Fraktionen hätten Verständnis für die Jugendlichen und hebt den positiven Aspekt des Skateparks hervor. In diesem Ausschuss sollten die Verhältnisse geklärt und Eintracht hergestellt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer entschuldigt das frühzeitige Gehen des Oberbürgermeisters aufgrund anderer wichtiger Termine.

1. Workcamp St. Désir

Herr Sprengelmeyer teilt mit, aufgrund der Covid-19-Pandemie werde das Workcamp St. Désir auch in diesem Jahr ausfallen. Zur Pflege des Soldatenfriedhofs werde eine kleine Gruppe von Helfern nach Frankreich reisen.

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

2. Umzug Fachdienst Jugendförderung

Herr Reibe informiert, die Verwaltung des Fachdienstes Jugendförderung sei in das Bürogebäude in der Nesserlander Str. 15 umgezogen. Ein Teil des Fachdienstes Kinder und Familien sei ebenfalls dorthin umgezogen.

3. Jugendschutz

Herr Reibe teilt mit, der für den Jugendschutz verantwortliche Mitarbeiter des Fachdienstes Jugendförderung, Herr Henrik Borsutzky, werde den Fachdienst aus privaten Gründen verlassen.

4. Förderung der Kinder- und Jugendarbeit 2020

Herr Reibe gibt an, die Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit seien nur zu etwa 10 Prozent abgefragt worden. Weil Maßnahmen aufgrund der Codiv-19-Pandemie abgesagt werden mussten, sei ein Teil der Zuschüsse von den Trägerverbänden für die angelaufenen Stornogebühren genutzt worden. Um die Trägerverbände in dieser Situation finanziell zu unterstützen und zukünftige Maßnahmen zu sichern, seien die Zuschüsse erteilt worden. Viele der Trägerorganisationen hätten jedoch Maßnahmen ohne zusätzliche Kosten in dieses Jahr verlegen können, wie beispielsweise das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e. V., welcher wieder eine Fahrt in den Harz plane. Er hofft, dass weitere Maßnahmen in diesem Jahr stattfinden können, jedoch deute die aktuelle Entwicklung der Pandemie nicht darauf hin. Eine Auflistung der Gesamtausgaben werde dem Protokoll als Anlage (2) beigefügt.

5. Ausbildungskurse Jugendgruppenleiter*innen

Herr Reibe berichtet, die Ausbildungskurse und die Fortbildungen für die Jugendgruppenleiter*innen mussten auch für dieses Jahr abgesagt werden. Im Herbst seien jedoch zwei Maßnahmen in Emden geplant. Dies sei zum einen der Grundkurs, welcher in zwei Modulen stattfinden müsse. Details dazu werde er den Trägerverbänden und interessierten Jugendlichen noch mitteilen. Die Fortbildung stehe aktuell noch in Diskussion. Anfragen von Verbänden seien bereits gestellt worden. In diesem Zusammenhang hofft er, im nächsten Jahr die traditionelle Fahrt zur Insel Juist im Rahmen des Jugendgruppenleiter*innen-Grundkurses wieder durchführen zu können.

TOP 11 Anfragen

1. Sachstand Umbau JZ „Alte Post“

Herr Busch erkundigt sich nach dem Sachstand und ob eine Informationsveranstaltung geplant sei. **Herr Jaspers** informiert, die Bauarbeiten seien gestartet. Aktuell stehe der Fachdienst im Austausch mit dem GME. Er kündigt eine ausführliche Berichterstattung zum Sachstand in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses an.

2. Auszahlung Corona-Bonus

Herr Ohling erkundigt sich nach der Auszahlung eines Corona-Bonus für Erzieher*innen. Seiner Kenntnis nach hätten einige Einrichtungen diesen Bonus ausgezahlt, obwohl sie in der aktuellen Pandemie-Lage keine Notbetreuung angeboten hätten. Andere Einrichtungen wiederum würden diesen Bonus nicht ausgezahlt bekommen. Er möchte wissen, ob eine Auszahlung an Tarife angeknüpft sei. **Herr Christians** antwortet, die Auszahlung des Corona-Bonus würde mit

Protokoll Nr. 33 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

der Tarifgebundenheit zusammenhängen. Beispielsweise hätten Träger, die an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) gebunden seien, diese Sonderzahlung den Mitarbeiter*innen bereits ausgezahlt. Bei anders organisierten Trägern sei dies mangels tarifrechtlicher Bestimmungen nicht geschehen.

3. Zusammenlegung von Spielplätzen

Herr Ohling fragt nach der Zusammenlegung von Spielplätzen. Die Bewirtschaftung der Spielplätze werde vom BEE, GME und Jugendamt vorgenommen. Bereits in der Vergangenheit habe die CDU-Fraktion eine Zusammenlegung angeregt. Er bittet um Erläuterung. **Herr Christians** informiert, diesbezüglich hätten Untersuchungen stattgefunden und Stellungnahmen seien abgegeben worden. Zwischenzeitlich habe es auch eine Orga-Untersuchung gegeben. Er sichert zu, dass dieses Thema zeitnah im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde. **Herr Sprenelmeyer** konkretisiert, das Konzept sei fertiggestellt und läge vor. Interne Abstimmungen zur Umsetzung finden aktuell statt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.